



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

10. JAHRGANG • NR. 63

MÄRZ 2011

STANDPUNKT

- 2 Anmerkungen zum Fall Guttenberg

HOMEPAGE

- 3 Relaunch: Internetseite neu gestaltet
- 4 Neu eingestellt: Jahrbuch und Register 2010, Info-Broschüre 2011

WAHLKREIS

- 4 Nadesha Klugiewicz verstärkt das Wahlkreisbüro Porz und betreut die Berlin Depesche
- 5 SPD-Empfang in Porz: NRW-Minister Harry Voigtsberger sprach zu Wirtschaft und Verkehr
- 6 Kurz berichtet: Infomobil des Bundestages; Tim Cremer neuer Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Innenstadt; Frühjahrsempfang mit NRW-Ministerin Svenja Schulze am 4. April

BUNDESTAG

- 7 SPD-Fraktionsveranstaltung: „Breitband für alle – eine Zwischenbilanz“
- 8 Bundestagrede von Martin Dörmann zu „Netzneutralität“
- 9 Aktuelles zur Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- 10 Hartz IV-Kompromiss: Verbesserungen für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kinder und Kommunen
- 11 Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zum gesetzlichen Mindestlohn
- 12 Unsoziale Auswirkungen der schwarz-gelben Gesundheitsreform
- 13 Regierung ohne tragfähiges Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr

- 14 Afghanistan-Einsatz verlängert

SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

- 15 SPD-Parteizeitung „Vorwärts“

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum



SPD-Empfang in Porz

Sie waren beim Empfang dabei (v.l.): Harry Voigtsberger, Martin Dörmann, Jochen Ott, Ingo Jurek und Willi Stadoll (Bericht auf Seite 5)

Relaunch der Internetseite

www.martin-doermann.de neu gestaltet

Seite 3

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 3.3.2011

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Anmerkungen zum Fall Guttenberg

Bewusste Täuschungen untergraben die politische und moralische Autorität

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Rücktritt des Verteidigungsmisters war überfällig und unausweichlich. Zweifellos ist Karl-Theodor zu Guttenberg ein großes politisches Talent mit einem starken Rückhalt in der Bevölkerung. Wenn jedoch sein Fehlverhalten ohne politische Folgen geblieben wäre, wären Maßstäbe verschoben worden – zum großen Nachteil unserer politischen Kultur.

Für Legendenbildung ist wenig Raum. Nicht zuletzt aufgrund der Internetrecherchen steht fest: **zu Guttenberg hat in seiner vor gerade einmal fünf Jahren fertig gestellten Doktorarbeit auf fast 70 Prozent der Seiten fremde Texte genutzt, ohne diese wie vorgeschrieben als Zitat kenntlich zu machen.** Teilweise gehen die kopierten Texte über mehrere Seiten. Er hat damit in fast einzigartiger Weise gegen wissenschaftliche Grundsätze verstoßen – entgegen seiner damaligen ehrenwörtlichen Erklärung. Zu Recht hat sich auch sein Doktorvater entsetzt und tief enttäuscht geäußert und die Universität Bayreuth den Dokortitel aberkannt.

Ein Jurastudent lernt bereits im 1. Semester, dass und wie zitiert werden muss, um eigene und fremde Leistungen unterscheidbar zu machen. Jeder, der schon einmal zumindest eine Hausarbeit geschrieben hat, weiß: solch erhebliche Täuschungen, wie sie zu Guttenberg nachgewiesen wurden, können nicht versehentlich erfolgt sein. **Die Masse der fehlenden Fußnoten und das systematische Kopieren lassen nur den Schluss zu: hier hat jemand bewusst getäuscht, um den Dokortitel zu erlangen.**

Schon das hätte unverzüglich dazu führen müssen, dass ein Minister für sein Fehlverhalten Verantwortung übernimmt und zurücktritt. Zumal es ja nicht um lange zurück liegende Jugendsünden geht und der Minister in der Öffentlichkeit immer einen besonderen Anspruch der Wahrhaftigkeit für sich beansprucht hat.

Zu Guttenberg hat es nicht bei dieser wissenschaftlichen Täuschung belassen. Er hat mehrere politische Täuschungsversuche hinzugefügt. Zunächst glaubte er, den Plagiatsvorwurf als „abstrus“ abstreiten zu können. Dann räumte er verharmlosend „Fehler“ ein, als diese bereits nachgewiesen waren. Als nächstes versuchte er, den Eindruck zu erwecken, er sei reumütig, weil er ja bereit sei, auf den Dokortitel zu verzichten.

Dabei war dieser aufgrund der Faktenlage ohnehin nicht mehr zu halten. Und bis zuletzt bestritt er jegliche bewusste oder vorsätzliche Täuschung – obwohl sie doch so offensichtlich ist. Seine Rücktrittsrede nutzte er schließlich noch, um sich indirekt als Opfer der Medien darzustellen.

Zu Guttenberg hat wiederholt versucht, sich in der öffentlichen Wahrnehmung einen ungerechtfertigten Vorteil zu verschaffen. Zum Teil mit unsauberen Mitteln und nicht zuletzt mit gezielter Unterstützung der Bild-Zeitung. Mehr Schein als Sein wurde zum Prinzip. In das psychologische Bild passt ein „geschönter Lebenslauf“¹ des Ministers, in dem aus mehrwöchigen Praktika als Student „berufliche Stationen in Frankfurt und New York“ und ein Zeitungspraktikum zur „Tätigkeit als freier Journalist“ wurden.



Ein Soldat mit vergleichbarem Fehlverhalten im Hinblick auf die Doktorarbeit müsste mit erheblichen disziplinarrechtlicher Konsequenzen rechnen. Auch deshalb war die notwendige Autorität des Verteidigungsministers untergraben. Und

das vor der schwerwiegendsten Reform der Bundeswehr, die übrigens vom Minister widersprüchlich und ohne überzeugendes Konzept angegangen wurde. Er hat eben kein „bestelltes Haus“ hinterlassen, wie auch der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Ulrich Kirsch betont hat. Seinem allseits angesehenen Nachfolger Thomas de Maizière ist Besseres zuzutrauen – und das mit weniger Show.

Auch die Kanzlerin geht aus dieser Affäre beschädigt heraus. Sie hat die Angelegenheit zu lange als lässliche wissenschaftliche Fehlleistung abgetan und hierdurch erst Recht Empörung aus der Wissenschaft provoziert.

Wir brauchen gerade jetzt einen Verteidigungsminister mit politischer und moralischer Autorität. Zu Guttenberg hatte sich hierfür die Grundlage selbst entzogen.

Herzlichst

Euer

¹ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.02.2011

Relaunch der Internetseite von Martin Dörmann

Verändertes Design und neue Funktionen

Seit Anfang März ist die grundlegend überarbeitete Homepage von **Martin Dörmann** online. Die neue Seite bietet zusätzliche Funktionalität sowie ein verändertes Design. Das neue, bewusst zurückhaltende Farbkonzept wirkt luftig und aufgeräumt.

Auf einen Blick gibt es zukünftig thematisch gegliederte Artikel (linke Spalte). Die einzelnen Artikel sind zukünftig mit einem Klick über Facebook oder Twitter mit anderen zu teilen. Eingebunden in die Startseite ist ein Blog mit aktuellen Ausgaben und Artikeln der Berlin Depesche. Unterteilt in die Unterseiten „Berlin“, „Wahlkreis Köln“ und „Persönliches“ lassen sich alle entsprechenden Informationen finden.

Zu den meisten Artikeln soll es zukünftig immer öfter auch zusätzliche Informationen wie Links zu Reden oder thematisch verwandten Internetseiten geben. Mit Hilfe der umfangreichen Suchfunktion lassen sich die Texte aller Unterseiten sowie der Berlin Depesche nach dem gewünschten Schlagwort durchsuchen. Neben reinem Text findet sich auf der neuen Seite zudem ein Bereich mit Bildern und Downloads.

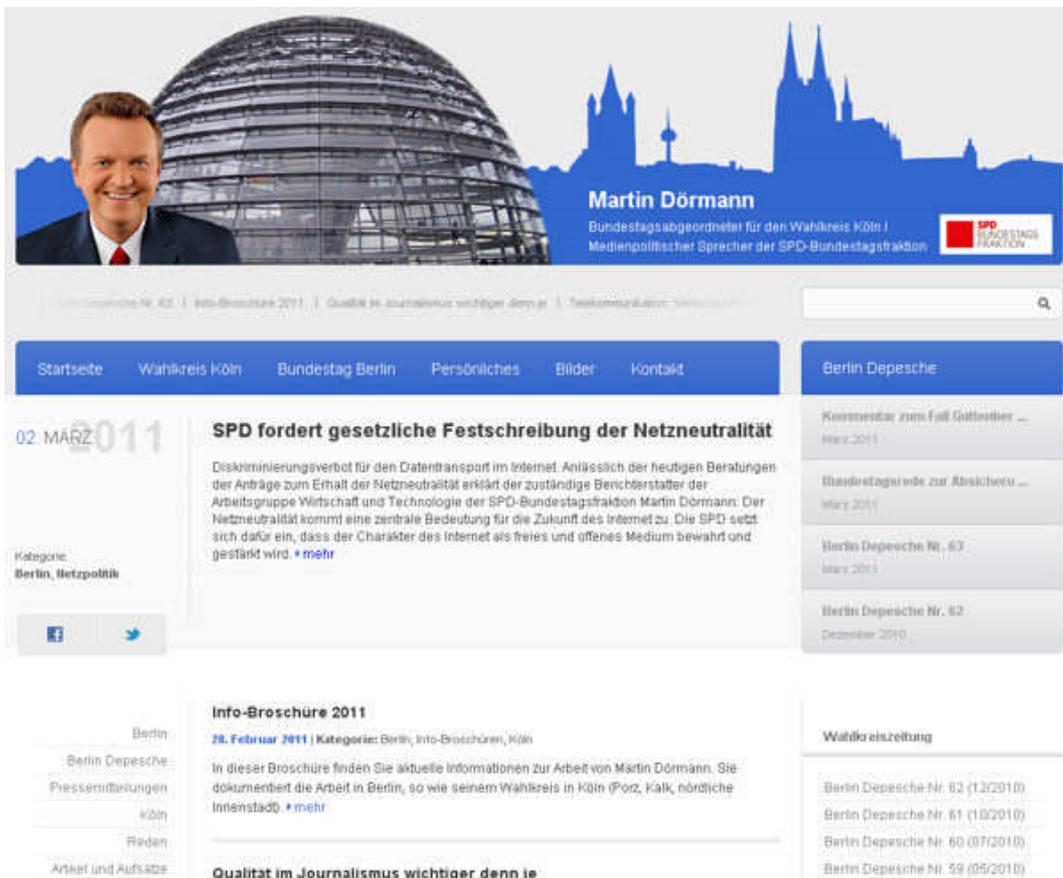
Der angeschlossene Blog der Berlin Depesche ist

ebenfalls neu. Hier können nicht mehr nur die pdf-Dateien der letzten Ausgaben herunterladen sondern ausgewählte Artikel der Berlin Depesche einsehen werden. Natürlich stehen die Berlin Depeschen sowie verschiedene Informationsbroschüren auch weiterhin zum Herunterladen bereit (rechte Spalte der Startseite).

Alles in allem bietet die neue Homepage ein größeres Spektrum an Inhalten, Funktionen und Interaktivität. Die Umstellung der bisherigen Texte soll in den nächsten Wochen abgeschlossen und das breit gefächerte Informationsspektrum schrittweise ausgebaut werden.

Berlin Depesche mit neuer Schrift

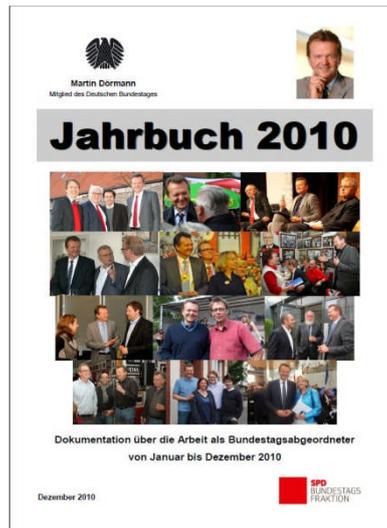
Leichte Layout-Veränderungen gab es auch bei der Berlin Depesche. Der Header wurde der Homepage angepasst. Zudem wird nun zur besseren Lesbarkeit durchgängig die Schrift Calibri genutzt.



Startseite der Homepage www.martin-doermann.de



Thematisch gegliederte Auflistung der Berlin Depesche-Artikel 2010



Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2010



Allgemeine Informationen zu Aufgaben, Wahlkreis und Büros von Martin Dörmann

WAHLKREIS

Nadesha Klugiewicz verstärkt das Wahlkreisbüro Porz

Die neue Mitarbeiterin betreut unter anderem die „Berlin Depesche“

Seit Anfang Januar verstärkt **Nadesha Klugiewicz** das Mitarbeiterteam von **Martin Dörmann** im Bürgerbüro Porz, zu dem auch weiterhin Büroleiter **Tim Cremer** und **Esther Frenzel** gehören.



Nadesha Klugiewicz

Zum Ende letzten Jahres endete hingegen der Arbeitsvertrag mit **Assen Kochev**, der in diesen Wochen sein Studium abschließt. Martin Dörmann: „Ich danke Assen für die gute Zusammenarbeit und wünsche ihm für seine berufliche Zukunft viel Erfolg!“

Die 28-jährige Nadesha Klugiewicz hat bis vor kurzem Philosophie und Geschichte an der Universität Duisburg-Essen studiert. Im Bürgerbüro arbeitet sie an drei Tagen. Dabei kümmert sie sich insbesondere um die Redaktion der „Berlin Depesche“. Diese

übernahm sie von **Anja Möbus**, die bis Ende des Jahres im Berliner Büro tätig war. Zudem greift sie Webmaster **Ralf Steinmeier** bei der Pflege der neuen Homepage unter die Arme, bearbeitet Bürgeranfragen und organisiert den Büroalltag mit. Die spätere berufliche Zukunft nach Abschluss ihres Studiums plant Nadesha Klugiewicz als Online-Redakteurin.

Das Porzer Büro ist weiterhin von Montag bis Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr und Freitag von 10.00 – 14.00 Uhr besetzt.



Das Team Porz 2011: Nadesha Klugiewicz, Tim Cremer, Esther Frenzel mit Martin Dörmann (v.l.)

NRW-Minister Harry Voigtsberger sprach über Wirtschaft und Verkehr

Am 15. Februar fand der traditionelle Neujahrsempfang der SPD Porz/Poll statt, diesmal zum Schwerpunktthema Verkehr. Gut 150 Gäste fanden sich im bunt geschmückten Festsaal des Bezirksrathauses Porz ein.

Stadtbezirksvorsitzender **Ingo Jureck** konnte zahlreiche Vereinsvertreter und prominente Gäste begrüßen, etwa vom Flughafen Köln/Bonn Geschäftsführer **Michael Garvens** und den Betriebsratsvorsitzenden **Hakan Gülcicek**. Auch das Handwerk war mit **Karl-Heinz Miebach**, **Frank Manshausen** und **PeterSchuhmacher** stark vertreten.



Harry Voigtsberger

In einer Rede zu Beginn forderte der Juso-Vorsitzende Porz/Poll **Nikolai Dahlmann** den weiteren Ausbau des ÖPNV und leitete so zum Hauptredner des Abends **Harry Voigtsberger** über. Der Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen sprach über Wirtschaft und Verkehr.

Er kritisierte die Politik der Bundesregierung, die zu wenig für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in NRW beitrage. Dabei sei gerade der Ausbau des Schienennetzes und der Wasserwege notwendig, um den zunehmenden Containerverkehr aus den Häfen der Niederlande und Belgiens durch Nordrhein-Westfalen zu bewältigen und Straßen zu entlasten.

Zugleich forderte er einen neuen Ansatz bei der Planung von Großprojekten. „Dialogpolitik“ sei das neue Zauberwort. Eskalationen, wie beispielsweise bei „Stuttgart 21“, könnten verhindert werden, wenn man „mit den Leuten auf Augenhöhe diskutiert“, so Voigtsberger. Gesprächskreise mit Betroffenen, Bürgern und Funktionären könnten das Vertrauen in die Politik entscheidend stärken.



Im Anschluss an die Ministerrede moderierte Wolfgang Link einen Talk mit Bezirksbürgermeister Willi Stadoll, Martin Dörmann, Harry Voigtsberger und dem Landtagsabgeordneten Jochen Ott (v.l.)



Zum Abschluss überreichte das Porzer Dreigestirn Orden an den Minister und die SPD-Mandatsträger

Infomobil des Bundestages kommt im März

In diesem Jahr macht das Infomobil des Deutschen Bundestages auch im Wahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt Station. Am **17. und 18. März** von 9 bis 19 Uhr und am **19. März** von 10 bis 16 Uhr steht der Bus auf der Schildergasse am Stehlenbrunnen.

Im Infomobil sollen die Aufgaben und Abläufe des Parlaments anschaulich gemacht und vermittelt werden, wie Politik funktioniert. Zudem gibt es einen separaten Besprechungsraum, einen Großbildschirm für die Vorführung von Filmen, Online-Zugänge zu den Seiten des Deutschen Bundestages und eine überdachte Bühne. Besucherinnen und Besucher können sich außerdem einen Überblick über das CD-ROM-Angebot des Deutschen Bundestages verschaffen.

Tim Cremer neuer Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Innenstadt

Insgesamt 16 Jahre war **Karl-Heinz Walter** Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Innenstadt. Am 31. Januar wurde **Tim Cremer** von der Stadtbezirkskonferenz einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt. Er hat bereits in den letzten Jahren aktiv im Vorstand mitgearbeitet und ist Leiter des Wahlkreisbüros von **Martin Dörmann** in Porz.



Tim Cremer

Tim Cremer bedankte sich bei seinem Vorgänger für dessen langjähriges Engagement. Als wichtige politische Ziele für den Stadtbezirk nannte er die Vernetzung der Ortsvereine, sowie eine gemeinsame inhaltliche Ausrichtung verbunden mit einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit.

SPD-Frühjahrsempfang Innenstadt mit Landesministerin Schulze am 4. April

NRW-Wissenschaftsministerin **Svenja Schulze** wird Gast des traditionellen Frühjahrsempfangs des SPD-Stadtbezirks Innenstadt sein. Er findet statt am Sonntag, 4. April, ab 11 Uhr in der Cinemathek des Museum Ludwig. Im Anschluss an die Worte der Ministerin wird es eine Talkrunde mit den örtlichen Abgeordneten aus Bund, Land und Kommune geben.

Wahlkreistreffender SPD-Abgeordneten

In dem gemütlichen Gewölbekeller der Süner-Brauerei in Kalk trafen sich am 28. Januar die drei SPD-Abgeordneten im Bundestagswahlkreis aus Land und Bund. **Martin Dörmann**, MdB, **Jochen Ott**, MdL und **Stephan Gatter**, MdL hatten zum geselligen Austausch mit allen SPD-Mandatsträgern und den Vorständen der Ortsvereine sowie Stadtbezirke eingeladen. Das Angebot wurde gern und zahlreich angenommen. Martin Dörmann: „Es ist schön, wenn man sich auch mal ohne Tagesordnung trifft und sich austauschen kann.“



Die Abgeordneten Gatter, Dörmann und Ott bedankten sich für rege Teilnahme und stetige Unterstützung

Führung durch das WDR-Sendezentrum

Am 12. Januar hatte **Martin Dörmann** eine Gruppe von 50 interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einem gemeinsamen Rundgang durch die Radio- und Fernsehstudios des WDR eingeladen.

Unter fachkundiger Führung wurde ein Einblick in die Welt der Medien gegeben. Nach einer einleitenden Diskussion mit Martin Dörmann und einem Film über die Arbeit des WDR konnten verschiedene Studios besichtigt werden, etwa das der Sendungen „Sportschau“ sowie „Hart aber fair“. Erstaunen herrschte bei der Gruppe über die relativ überschaubaren Dimensionen der Studios: „Im Fernsehen sieht das alles viel größer aus“.



Die Besuchergruppe am Set der Sportschau

SPD-Fraktionsveranstaltung: „Breitband für alle – eine Zwischenbilanz“

Martin Dörmann diskutierte mit Experten und 150 Gästen

Auf Initiative von **Martin Dörmann** trafen sich am 9. Februar über 150 Abgeordnete, Kommunalpolitiker/innen, Wissenschaftler und Branchenvertreter in Berlin, um eine Zwischenbilanz zum bisherigen Breitbandausbau in Deutschland zu ziehen.

In seinem Impulsvortrag beleuchtete der Thüringer Wirtschaftsminister **Matthias Machnig** die Lage aus der Sicht der Länder. Dabei betonte er, dass moderne Kommunikationstechnologien ein wichtiger Standortfaktor seien: „Sie verbessern die Möglichkeit, im Wettbewerb erfolgreich zu sein.“ Der Minister forderte einen Bund-Länder-Breitbandgipfel. Alle Beteiligten, Bund, Länder und Anbieter, mussten an einen Tisch.

Unter Moderation von Martin Dörmann diskutierten anschließend Experten in einer Podiumsrunde und im Publikum. Auf dem Podium Platz genommen hatten: **Matthias Kurth**, Präsident der Bundesnetzagentur, **Lothar Schröder**, ver.di-Vorstandsmitglied und Aufsichtsrat der Deutschen Telekom, **Gerd Eickers**, Präsident des Branchenverbands VATM sowie **Prof. Dr. Bernd Holznagel** von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Martin Dörmann, seit fünf Jahren zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion, hatte in seiner Einführungsrede eine differenzierte Bilanz gezogen. Einerseits sei die von der SPD in der Großen Koalition initiierte Breitbandstrategie der Bundesregierung erfolgreich gewesen, insbesondere durch die Frequenzversteigerung zu Gunsten des neuen LTE-Mobilfunkes. Hierdurch könne wohl bis 2013 eine flächendeckende Breitband-Grundversorgung mit Übertragungsraten von 2 bis 6 Mbit/s erreicht werden. Andererseits blieben die Herausforderungen für Wirtschaft und Politik weiterhin groß, damit auch der notwendige Festnetzausbau verwirklicht werden könne. Eine moderne digitale Infrastruktur ist unverzichtbar für unsere demokratische Gesellschaft und eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Seit langem setzt sich die SPD dafür ein, schnelles, breitbandiges Internet für alle zu ermöglichen, insbesondere auch in ländlichen Räumen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit dieser Veranstaltung erneut die große Bedeutung verdeutlicht, die dem flächendeckenden Breitbandausbau als einer der zentralen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den nächsten Jahren zukommt. Die Bundesregierung unternimmt zu wenig, um die Breitbandstrategie wirklich konsequent umzusetzen und fortzuentwickeln. Das

versprochene Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung von einem Megabit pro Sekunde bis Ende 2010 wurde verfehlt.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht daher weiteren Verbesserungsbedarf, um notwendige Investitionen in den Markt zu stärken und eine digitale Spaltung des Landes zu vermeiden. So müssen beispielsweise Möglichkeiten der Finanzierung und der gemeinsamen Nutzung von Infrastrukturen noch deutlich verbessert werden. Bund und Länder müssen im Hinblick auf den Infrastrukturausbau abgestimmt vorgehen und zusätzliche gesetzliche Regelungen ins Auge fassen, um einheitliche und bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.



Die Podiumsteilnehmer: Prof. Bernd Holznagel, Gerd Eickers, Mathias Kurth, Martin Dörmann und Lothar Schröder (v.l.)

Auf der Veranstaltung wurden Überlegungen angestellt, was getan werden muss, um die notwendigen Investitionen in den Breitbandausbau zu ermöglichen und eine flächendeckende Breitbandversorgung mit hohen Übertragungsraten zu realisieren. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in den nächsten Wochen in ein Breitband-Konzept der SPD einfließen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zudem im vergangenen Jahr eine Branchenbefragung durchgeführt, um Unternehmen und Verbände nach ihrer Einschätzung über den derzeitigen Stand und die Perspektiven des Breitbandausbaus in Deutschland zu befragen. Darüber hinaus hat die SPD-Bundestagsfraktion im Bundestag eine Große Anfrage unter dem Titel „Stand und Perspektiven des Breitbandausbaus in Deutschland“ eingebracht (BT-Drucksache 17/3899).

→ **Branchenbefragung und Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion im Internet:**
www.martin-doermann.de

„Netzneutralität muss gesetzlich abgesichert werden“

Rede in der Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 25. Januar 2011. Die Rede ist als Stream auf der Homepage von Martin Dörmann abrufbar, ebenso eine kürzliche Rede zum ungarischen Mediengesetz.

Auf Basis der Netzneutralität hat sich das Internet als Innovationsmotor für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung erwiesen. Deshalb kommt der Sicherstellung der Netzneutralität für die Bundestagsfraktion der SPD eine zentrale Bedeutung zu. Wir wollen den Charakter des Internets als freies und offenes Medium bewahren und stärken. Jeglicher Form der Diskriminierung im Netz sollten wir alle entschieden entgegen treten.

Netzpolitisch stehen für uns folgende Zielsetzungen im Vordergrund: Wir wollen ein offenes Internet ohne Kontrolle und Zensur der Inhalte, Meinungsvielfalt und Teilhabe sowie die Möglichkeit, selbst und gleichberechtigt im Internet aktiv zu werden. Wir wollen ein funktions- und leistungsfähiges Netz für alle, attraktive und stabile Dienste, Innovationen, die den persönlichen und ökonomischen Nutzen mehren, und schließlich einen fairen Wettbewerb zur Sicherung einer dynamischen Entwicklung. Gerade hierfür brauchen wir eine gesetzliche Absicherung der Netzneutralität.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird hierzu in Kürze einen eigenen Antrag vorlegen. Die heute zu beratenden Anträge der beiden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und die Linke zielen in die richtige Richtung, sind aber nicht präzise genug. Insbesondere der Antrag der Grünen, sehr geehrter Herr Kollege zu Notz, nimmt in seinen Forderungsteil an die Bundesregierung eher sehr allgemeine Formulierungen auf. Das reicht uns eben nicht.

Die SPD-Bundestagsfraktion will in ihrem Antrag zudem Überlegungen aus der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ aufgreifen. Derzeit erfolgen die entscheidenden Diskussionen in der Projektgruppe Netzneutralität. Es ist sinnvoll und unterstreicht die Bedeutung der Enquete-Kommission, wenn wir diese Diskussion auch hier im Plenum berücksichtigen.

Die SPD will eine gesetzliche Regelung, die deutlich über das hinausgeht, was die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes vorgelegt hat. Im Gesetzestext wird selbst das Wort „Netzneutralität“ nicht ein Mal erwähnt. Das muss man erst einmal hinbekommen. Frau Kollegin Schön, wenn Sie in diesem Zusammenhang von einem „Feuerlöscher“ sprechen, dann hat der, so wie Sie ihn geschildert haben, wohl eher die Größe eines Fingerhutes, und das reicht uns eben nicht.

In dieser Woche hat sogar die von der Bundesregierung

eingesetzte Expertenkommission Forschung und Innovation den Referentenentwurf als unzureichend kritisiert. Sie vermisst sowohl eine Definition von Netzneutralität als auch konkrete Aussagen darüber, wie diese gesichert werden soll.

Die im Internet nachgefragten Anwendungen und Datenraten werden weiter drastisch steigen. Neue IP-Netze bieten heute den Netzbetreibern neue Möglichkeiten, Nachfrage und knappe Kapazitäten intelligent zu managen. Insofern können Netzwerkmanagement und gesicherte Transportklassen im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sein, aber eben nur dann, wenn es um das Ziel geht, die Stabilität der Netze zu sichern und dafür zu sorgen, dass zeitkritische Dienste in der erforderlichen Qualität beim User ankommen.

Das darf aber nicht dazu führen, dass das Best-Effort-

Internet, wie wir es kennen, zurückgedrängt wird. Dessen Kapazität muss auch in Zukunft wachsen und darf nicht von priorisierten Diensten abgelöst werden. Deshalb sind klare gesetzliche Vorgaben notwendig. Netzneutralität darf nicht nur als Fußnote der Internetkommunikation verstanden werden.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion sollten daher im Telekommunikationsgesetz insbesondere folgende sechs Punkte berücksichtigt werden:

Erstens. Wir wollen, dass Netzneutralität als eines der Regulierungsziele im TKG aufgenommen wird.

Zweitens. Wir brauchen ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot für den Datentransport im Internet. Das Verlangsamen, Benachteiligen oder Blockieren von Inhalten, Diensten oder Diensteanbietern muss verhindert werden. Auch darf es eine Inhaltekontrolle durch Netzbetreiber nicht geben.

Drittens. Den Netzbetreibern müssen eindeutige Informations- und Transparenzverpflichtungen auferlegt werden, und zwar sowohl gegenüber dem Endkunden als auch gegenüber den Diensteanbietern und der Bundesnetzagentur. Wesentliche Maßnahmen des Netzwerkmanagements, Transportklassen und andere Eingriffe in die Datenübertragung müssen offengelegt werden.

Viertens. Die Bundesnetzagentur ist zu beauftragen, die Einhaltung der Netzneutralität zu sichern. Hierfür sind ihr ausreichende Kontroll- und Sanktionsinstrumente an die Hand zu geben, um Verstößen effektiv entgegenwirken zu können.



Fünftens. Die Bundesnetzagentur ist zu ermächtigen, angemessene Mindestqualitätsstandards für die Durchleitung von Datenpaketen festzulegen. Es geht darum, die Best-Effort-Qualität im Internet zu sichern, Diensteanbieter und Endkunden zu schützen und einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Sechstens. Kunden sollte ein Sonderkündigungsrecht eingeräumt werden, falls ihr Anbieter festzulegende Mindeststandards nicht einhält oder nachhaltig gegen die Netzneutralität verstößt. Das würde dem Nutzer und dem Wettbewerb entscheidende Vorteile bringen.

Netzneutralität ist die eine Seite der Teilhabe an unserer Informationsgesellschaft. Damit alle Menschen die Möglichkeit haben, das Internet zu nutzen, brauchen wir darüber hinaus einen konsequenten Ausbau der Breitbandnetze, gerade auch in eher ländlichen Räumen. Es gibt immer noch zu viele Menschen, die keinen leistungsfähigen Internetzugang haben. Deshalb muss die flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternet entschiedener als bisher vorangetrieben werden.

Auch hier tut die Bundesregierung einfach viel zu wenig und wird ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Ihr Wirken kann man also in gewisser Weise als „netzneutral“ bezeichnen. In diesem Zusammenhang ist das allerdings kein Ruhmesblatt. Auch diese Debatte, so denke ich, werden wir in diesem Hause demnächst intensiv führen.



Ein offensichtlich heiterer Moment in der Debatte

Aktuelles zur Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Änderungen in der Zusammensetzung

Martin Dörmann zog sich zum Jahreswechsel aus der Funktion des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden zurück. Grund hierfür waren ständige Terminüberschneidungen. So tagen die Enquete-Kommission und ihre Projektgruppen regelmäßig montags, ebenso wie der SPD-Fraktionsvorstand, die SPD-Medienkommission und der Beirat der Bundesnetzagentur. Martin Dörmann: „Leider konnte ich meine Funktionen in diesen ebenfalls wichtigen Gremien nicht mehr ordentlich wahrnehmen, so dass ich mich entscheiden musste. Diese Überschneidungen waren nicht von vornherein absehbar.“ Er ist nun von vielen Pflichtterminen der Enquete-Kommission entlastet, wird sich aber als stellvertretendes Mitglied inhaltlich weiterhin einbringen, etwa in einigen Projektgruppen. Zudem bleibt er Mitglied im Unterausschuss Neue Medien. Seine Funktionen in der Kommission übernahm der SPD-Bundestagsabgeordnete **Gerold Reichenbach**. Bei den stellv. Kommissionsmitgliedern gab es zudem einen weiteren Wechsel: für den ausgeschiedenen **Christian Lange** folgt **Rita Schwarzelühr-Sutter** (beide SPD-Fraktion).

Anhörung zum Thema Medienkompetenz

Medienkompetenz wird immer wichtiger, um am politischen und sozialen Leben teilnehmen zu können. In dieser Einschätzung waren sich die zu einer öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ am 13. Dezember geladenen Experten einig. Um zu einem selbstbestimmten Umgang mit den neuen Medien befähigt zu werden müssten daher Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern und Lehrer intensiv und frühzeitig geschult werden. Die Anhörung war inhaltlicher Auftakt für die neu eingesetzte „Projektgruppe Medienkompetenz“.

Die Enquete-Kommission hat in einer Sondersitzung am 21. Februar die Einrichtung des Online-Beteiligungsinstruments „Adhocracy“ beschlossen.

Debatte zu neuen Beteiligungsformen

Der Bundestag hatte schon im Einsetzungsbeschluss zur Enquete-Kommission die besondere Einbeziehung der Öffentlichkeit vorgesehen. Dazu sollten neben einem Forum auch weitere Mitsprachemöglichkeiten eingerichtet werden. Die Einrichtung der entsprechenden Software wurde jedoch im Januar überraschend mit den Stimmen der Regierungskoalition in der IuK-Kommission beim Ältestenrat unter Verweis auf finanzielle und zeitliche Bedenken gestoppt. Daraufhin brachten fünf Sachverständige Mitglieder eine Beschlussvorlage zur zeitnahen und kostenlosen Umsetzung ein. Dabei wurden sie ausdrücklich von der SPD-Fraktion unterstützt. Dieser Beschluss wurde nach teils kontroverser Diskussion von der Enquete-Kommission mit leichten Änderungen angenommen.

Zur Beteiligung der Öffentlichkeit als sogenannter „18. Sachverständiger“ ist die entsprechende Internetseite mit Erläuterungen erreichbar über die Internetadresse: www.enquetebeteiligung.de/

→ Weitere Informationen zur Enquete-Kommission im Internet: www.bundestag.de/internetenquete

Verbesserungen für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kinder und Kommunen

Nach einer monatelangen Blockade durch Schwarz-Gelb wurde im Vermittlungsausschuss eine Einigung über das Hartz-IV-Paket erzielt. Der gefundene Kompromiss wurde am 25. Februar 2011 in Bundestag und Bundesrat verabschiedet.

Die SPD hat in den vorausgegangenen Verhandlungen wesentliche Fortschritte für Arbeitnehmer, für Arbeitslose, für Ehrenamtliche, für bedürftige Kinder und für die Kommunen erzielt. Das hilft allen Menschen in Deutschland.

- Für Arbeitnehmer: Wir haben Mindestlöhne für 1,2 Millionen Beschäftigte durchgesetzt, in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche.
- Für Arbeitslose: Hartz IV steigt rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro. Außerdem gibt es neben der regulären Erhöhung um die Preis- und Lohnentwicklung zum 1. Januar 2012 eine Sonderanpassung um weitere 3 Euro.
- Für Ehrenamtliche: Aufwandsentschädigungen für Übungsleiter werden zukünftig bis zu 175 Euro nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet.
- Für Kinder: Wir haben das Bildungspaket kräftig ausgebaut. 500.000 bedürftige Kinder werden zusätzlich am Bildungspaket teilhaben. Der Bund übernimmt die Kosten für 3.000 Schulsozialarbeiter, die sich künftig um Kinder und Jugendliche an Schulen in sozialen Brennpunkten kümmern. Bedürftige Kinder erhalten ein kostenloses Mittagessen in Schulen, Kitas und Horten.
- Für Kommunen: Der Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten der Grundsicherung im Alter. Die Kommunen werden dadurch beginnend ab 2012 um 1,2 Milliarden Euro bis zur vollen Summe von 4 Milliarden Euro pro Jahr ab 2014 entlastet. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes.

Keine faulen Kompromisse

Keine Einigung gab es beim Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Hier hat sich die FDP bis zuletzt allen vernünftigen Lösungen widersetzt. Wir sind nicht bereit, schlechte Kompromisse auf Kosten der Leiharbeiter einzugehen. Wir kämpfen deshalb zusammen mit den Gewerkschaften weiter für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Verzögerung durch Uneinigkeit der schwarz-gelben Koalition

Die Verhandlungen über die Regelsätze haben sich monatelang verzögert. Die fortgesetzte Handlungsunfähigkeit des Regierungslagers hat die Suche nach einem Kompromiss erschwert und verzögert. Grund war insbesondere die Blockade der FDP gegen jeden sozialen Fortschritt und die offene Uneinigkeit zwischen Bundes- und Landesebene der Union. Am 8. Februar hatte die Bundesregierung die Verhandlungen vorsätzlich abgebrochen. Durch die Initiative der SPD und auf Vermittlung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck kamen die Gespräche wieder in Gang.

Klare Ziele und Kompromissbereitschaft der SPD

Die SPD hatte klare Ziele im Vermittlungsverfahren: Wir wollten erreichen, dass das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und auf gleiche Teilhabe an Bildung und am gesellschaftlichen Leben tatsächlich erfüllt wird. Und wir haben gefordert, Armut auch dort zu bekämpfen, wo Menschen trotz Arbeit hilfsbedürftig sind. Denn wir wollen die Abhängigkeiten von staatlichen Sozialtransfers verringern. Die SPD hat von Anfang an ihre Bereitschaft zum Kompromiss deutlich gemacht und durch konstruktive Alternativvorschläge in den Verhandlungen belegt, dass wir nicht an fruchtlosen Schaukämpfen, sondern am Ergebnis interessiert sind.

Gute Verhandlungen mit den Grünen

Wir haben die Verhandlungen in enger und guter Zusammenarbeit mit den Grünen geführt. Am Ende konnten die Grünen dem gefundenen Kompromiss nicht zustimmen. Das bedauern wir. Grund waren die Zweifel der Grünen an der Verfassungsmäßigkeit des Regelsatzes. Tatsächlich bleiben hier offene Fragen hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Berechnungsmethoden. Die Bundesregierung hat an dieser Stelle auf ihrer Rechtsauffassung beharrt. Sie trägt die volle Verantwortung und das Risiko bei einer erneuten verfassungsrechtlichen Überprüfung der Regelsätze.

Ein Erfolg für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kinder und Kommunen

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse sind ein Erfolg für die 1,2 Millionen Arbeitnehmer, die jetzt

Mindestlöhne bekommen. Gewonnen haben auch arbeitslose Menschen, die einen höheren Regelsatz erhalten. Zu den Gewinnern gehören die Kinder erwerbsloser Eltern, die ein besseres Bildungspaket bekommen. Und schließlich profitieren die Kommunen, weil der Bund die Grundsicherung im Alter übernimmt.

Insgesamt haben wir sozialen Fortschritt in Deutschland durchgesetzt. Das ist ein Erfolg für die SPD. Dieser Erfolg ist zum guten Teil der Beharrlichkeit und Geschlossenheit in der sozialdemokratischen Verhandlungsführung um **Manuela Schwesig** und **Kurt Beck** zu verdanken.

→ Ausführliche Informationen zum Thema: www.spdfraktion.de

Für einen gesetzlichen Mindestlohn

SPD-Fraktion legt Gesetzentwurf vor

Die SPD kämpft für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Dazu hat sie am 10. Februar im Bundestag einen Gesetzentwurf über die Festsetzung des Mindestlohnes (Drs. 17/4665) vorgelegt.

Der Umfang der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland ist seit den 1990er Jahren deutlich gewachsen und liegt inzwischen klar über dem europäischer Nachbarländer. 20 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in Deutschland im Niedriglohnsektor beschäftigt. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten für ein Arbeitsentgelt, das selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung den Lebensunterhalt nicht sichert. Über 5 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8 Euro pro Stunde, mindestens 1,2 Millionen für weniger als 5 Euro pro Stunde.

Ein wachsender Niedriglohnsektor und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse bedeuten auch für den Staat eine Herausforderung. In erheblichem Umfang müssen Steuergelder eingesetzt werden, um den von Niedriglöhnen betroffenen Menschen zumindest das Existenzminimum zu gewährleisten. Darüber hinaus führen Niedriglöhne auch zu einer Erosion der Einnahmehasis der Sozialversicherungen und des Staates.

Ab dem 1. Mai 2011, wenn die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt umgesetzt und eine Zunahme grenzüberschreitender Arbeitsverhältnisse zu erwarten ist, müssen Mindeststandards auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gelten. Einem Unterbietungswettbewerb mittels Dumpinglöhnen, der sich nicht zuletzt gegen Unternehmen richtet, die auskömmliche Löhne zahlen, muss Einhalt geboten werden.

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn können wir der Entwicklung entgegenwirken. Deutschland ist eine der wenigen westlichen Industrienationen, in denen es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Durch unseren nun vorgelegten Gesetzentwurf wollen wir die unabdingbare Verpflichtung zur Zah-

lung eines Mindestlohnes festlegen sowie Regelungen zur Festsetzung des Mindestlohns schaffen. Wir legen darin die Zielvorgaben fest, die auf Grund der Menschenwürdegarantie und des Sozialstaatsprinzips für die Bestimmung der Höhe des Mindestlohns erforderlich sind.



Gerade im Dienstleistungssektor sind Dumpinglöhne an der Tagesordnung

Die Festsetzung des Mindestlohnes als Bruttoarbeitsentgelt für eine Zeitstunde macht den Mindestlohn einfach und transparent. Die Vereinbarung oder Festsetzung geringerer Entgelte, unabhängig auf welcher Rechtsgrundlage, wird nicht zugelassen. Der Gestaltungsfreiraum der Tarifparteien wird beschränkt. Der Eingriff ist jedoch durch verfassungsrechtlich legitimierte, überwiegende Gründe des Gemeinwohls gerechtfertigt.

Im Gesetzentwurf werden darüber hinaus die Zusammensetzung der Mindestlohnkommission und die Rechte und Pflichten der Kommission geregelt. Es wird festgelegt, dass in jedem Jahr ein Mindestlohnvorschlag zu erfolgen hat. Geregelt wird auch, dass die Kontrolle der Zahlung des gesetzlichen Mindestlohnes durch die Behörden der Zollverwaltung erfolgt, die auch für die Kontrolle der Einhaltung der nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz zwingenden Arbeitsbedingungen zuständig sind.

Ansteigen der Kopfpauschale wird unausweichlich

Solidarprinzip ausgehebelt

Gesundheitsminister Rösler und die schwarz-gelbe Koalition haben den Systembruch für unser mehr als 100 Jahre altes, bewährtes und international anerkanntes solidarisches Gesundheitssystem eingeleitet: Bisher trugen starke Schultern mehr als schwache. Dieses Prinzip wird ausgehebelt: Künftig tragen die Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner überproportional die Lasten der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen.

Höhere Kosten tragen Versicherte künftig allein

Ab 2011 steigen die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um 0,6 Prozent. Sie betragen dann 15,5 Prozent. Davon zahlen die Beschäftigten 8,2 Prozent und ihre Arbeitgeber 7,3 Prozent. Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren. Das heißt, alle künftigen Kostensteigerungen landen allein bei Beschäftigten, Studierenden sowie Rentnerinnen und Rentnern. Damit wird niemand mehr an der Seite der gesetzlich Krankenversicherten mit auf die Kostenbremse treten, um die Ausgaben zu begrenzen. Die Versicherten sind dann allein dem finanziellen Druck einzelner Leistungserbringer wie z. B. Pharmakonzernen und Teilen der Ärzteschaft ausgeliefert.

Kopfpauschale wird stetig steigen

Die Versicherten werden doppelt belastet, weil die GKV nun sogenannte einkommensunabhängige Zusatzbeiträge in beliebiger Höhe erheben darf. In Zukunft wird der Beitragssatz der Krankenkassen bei 15,5 Prozent bestehen bleiben und die Kopfpauschale wird stetig steigen. Damit hat Schwarz-Gelb zwei Ziele erreicht: Die Arbeitgeber werden zu Lasten der Versicherten dauerhaft aus der gleichwertigen Finanzierung der GKV entlassen und Besserverdienende werden entlastet. Menschen mit kleineren Einkommen werden mit einem Notgroschen abgespeist. Auch den gibt es erst, wenn die durchschnittliche Kopfpauschale mehr als zwei Prozent des Einkommens ausmacht.

Finanzierung des Sozialausgleichs ungeklärt

Dabei bleibt die Finanzierung des „Sozialausgleichs“ ungeklärt. Zunächst sollen die Reserven der GKV angezapft werden. Ein steuerfinanzierter Ausgleich ist auf Grund der Haushaltslage in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. So werden ihn die Versicherten der GKV allein schultern müssen. Hinzu kommt, dass der „Sozialausgleich“ zu mehr Bürokratie bei Krankenkassen, Arbeitgebern und Rentenversicherern führt.

Vorkasse beim Arzt führt zur Dreiklassenmedizin

In der GKV gilt bislang das Sachleistungsprinzip. Der Arztbesuch wird nach einheitlichen Sätzen durch die Krankenkassen bezahlt. So können Kranke sich medizinisch behandeln lassen, ohne sich fragen zu müssen, ob sie sich das leisten können. Nur 0,2 Prozent der GKV-Versicherten machen bislang vom sog. Kostenerstattungsmodell Gebrauch. Denn häufig bleiben sie auf einem Großteil der Arztrechnung sitzen, weil die Krankenkasse nicht alles übernimmt und die Ärzte höhere Rechnungen als bei der Sachleistung stellen dürfen. Führt der Arzt z. B. Untersuchungen durch, die nicht im Leistungskatalog der GKV stehen, werden die Kosten dafür nicht erstattet. Ebenso verhält es sich, wenn er den Honorarsatz der privat Versicherten erhebt. Doch Schwarz-Gelb will die Vorkasse ausbauen. Dabei führt sie anders als behauptet nicht zu Kostentransparenz und Einsparungen. Das zeigen Vergleiche der Ausgaben von GKV und der privaten Krankenversicherung (PKV). So hat die GKV z. B. 20 Prozent weniger Ausgaben für Laboruntersuchungen als die PKV pro Versichertem, obwohl die PKV die gesünderen Versicherten hat.

Mehr GKV-Versicherte werden künftig den Weg der Vorkasse wählen, wenn ihnen Ärzte dadurch schneller einen Termin oder eine bessere Behandlung in Aussicht stellen. Das ist der Weg in die Dreiklassenmedizin.

Geschenke für die private Krankenversicherung

Schwarz-Gelb verkürzt die Wartezeit für einen Wechsel von der GKV in die PKV für Versicherte, deren Gehalt über der Versicherungspflichtgrenze liegt. Sie können bereits nach einem Jahr anstatt nach drei Jahren wechseln. Junge, gesunde Versicherte werden verstärkt zur PKV abwandern. Das bedeutet für die GKV 2011 einen geschätzten Beitragsverlust in Höhe von 500 Millionen Euro. So verhilft Schwarz-Gelb der PKV zu mehr Versicherten. Aber für die Wechsler wird es langfristig teurer. Zwar lockt die PKV mit günstigen Einsteigertarifen, doch die steigen dann später heftig an. Außerdem sind Ehepartner und Kinder im Gegensatz zur GKV nicht mitversichert. Zusätzlich hat Schwarz-Gelb dafür gesorgt, dass auch die PKV in den Genuss der von der GKV ausgehandelten Preisvorteile kommt, die mit den Arzneimittelherstellern nach der Nutzen-Bewertung für neue Arzneimittel vereinbart werden.

Regierung ohne tragfähiges Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr

Am 24. Februar 2011 hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung das Wehrrechtsänderungsgesetz der Bundesregierung beraten. Damit soll die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft und durch einen freiwilligen Wehrdienst für die Dauer von sechs bis 23 Monaten ersetzt werden. Diese Umstellung soll nach dem Willen des Verteidigungsministers bereits zum 1. April 2011 erfolgen. Bislang zeichnet sich ab, dass viel zu wenig junge Menschen Interesse an einem freiwilligen Wehrdienst haben. Denn der Verteidigungsminister hat kein Konzept für die Nachwuchsgewinnung und auch die Rahmenbedingungen für den Dienst sind unklar.

Verteidigungsminister Guttenberg scheint an vielen Stellen überfordert zu sein. Das Gravierende ist aber, dass die Bundeswehr dadurch Schaden nimmt. Nach neun Monaten Debatte um die Neuausrichtung der Bundeswehr hat der Minister noch nichts zustande gebracht. Es fehlen Konzepte und Gesetze, um den Dienst für Freiwillige attraktiver zu machen. Der Heeresinspekteur räumt nun ein, dass der Bundeswehr die Rekruten ausgehen und dass sie 2012 nicht mehr genügend Soldaten für den Afghanistan-Einsatz aufbringen wird.

Als oberster Dienstherr ist es die Pflicht von Guttenberg, sich um die Nachwuchsgewinnung, Attraktivität und die Fortentwicklung der Truppe zu kümmern. Das Unvermögen des Ministers schadet der Bundeswehr und der Sicherheit Deutschlands.

Schlecht vorbereitete Reform

Sigmar Gabriel hat den Verteidigungsminister in der Debatte aufgefordert, die Reform zu verschieben, weil sie schlecht vorbereitet ist und unter unnötigen Zeitdruck gestellt wurde. Mit der Definition der Aufgaben der Bundeswehr, der Festlegung der dafür nötigen Ausrüstung und Personalgewinnung sowie der damit verbundenen Kosten solle Guttenberg erst einmal die Voraussetzungen für die Reform schaffen. Es sei ein Fehler, auch mit Blick auf die Sicherheit des Landes und der Soldatinnen und Soldaten, die Bundeswehr zum Sparschwein der Haushaltskonsolidierung zu machen.

Die SPD hatte 2007 auf Grund der Schwierigkeiten mit der Wehrgerechtigkeit, die Beendigung der Wehrpflicht vorgeschlagen. Dies sei in der Großen Koalition von der Union abgelehnt worden. Dass sie jetzt dazu bereit ist, unterstützt die SPD natürlich. Doch dürfe die Erfolgsgeschichte der Bundeswehr nicht beendet werden. Gabriel erklärte, dass dazu der Dienst in der Bundeswehr attraktiver gemacht werden müsse, damit auch weiterhin der Nachwuchs aus allen Schichten gewonnen werden könne. Damit es nicht zu einer Negativauslese komme, müsse die Bundeswehr eine Qualifizierungsarmee werden.

Die Änderung des Wehrrechts dürfe nicht dazu führen, dass Soldaten leichtfertiger in gefährliche Auslandseinsätze geschickt würden. Sie dürften

nicht schlechter ausgebildet oder ausgestattet werden. Doch der Beginn der Bundeswehrreform zeige, dass sich Bundesregierung und Verteidigungsminister von der Bundeswehr abwenden. Für die SPD ist die Sicherheit des Landes und der Soldatinnen und Soldaten der wichtigste strategische Parameter. Bundesregierung und Verteidigungsminister verwechseln die Reihenfolge. „Sie entscheiden zuerst über drastische Einsparungen und wundern sich dann, dass die Bundeswehr ihre Aufgaben nicht erfüllen kann“, sagte Gabriel. So hätte der Verteidigungsminister erst vollmundig behauptet, mit der Reform als Sparaktion mehr als acht Milliarden für den Haushalt erbringen zu können. Inzwischen hätte Guttenberg zugeben müssen, dass die Reform Geld kosten wird.

Ohne eine deutlich bessere Bezahlung, Angebote für Ausbildung und Studium nach der Zeit bei der Bundeswehr werde der Verteidigungsminister keinen Nachwuchs für die Bundeswehr gewinnen.

Das Maßnahmenpaket von Guttenberg besteht nur aus Floskeln und wolkigen Worten. Es findet sich z. B. nichts dazu, wie denn die Attraktivität der Bundeswehr erhöht werden soll. Andere positive Vorschläge wie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden unter den Finanzierungsvorbehalt des Finanzministers gestellt. Das zeigt, Guttenberg betreibt Camouflage, denn er hat als Verteidigungsminister seinen Job nicht gemacht. Der Verteidigungsminister kann keine Antwort zur künftigen Struktur der Bundeswehr und ihren Standorten geben. Er hat weder ein Konzept zur Nachwuchsgewinnung noch eines zur Finanzierung. Obwohl die Bundeswehrreform bereits zum 1. April 2011 starten soll, bleibt Guttenberg die Antworten schuldig.

Bundesfreiwilligendienst: „teure Doppelstruktur“

Die Aussetzung der Wehrpflicht hat auch die Aussetzung des Zivildienstes zur Folge. Die SPD-Fraktion fordert, dies als Chance zu nutzen, um die bestehenden Jugendfreiwilligendienste zu stärken und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement insgesamt zu verbessern. Schwarz-Gelb will einen neuen „Bundesfreiwilligendienst“ einführen. Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs im Bundestag am 24. Februar warf die SPD der Koalition vor, damit bürokratische und teure Doppelstrukturen zu schaffen.

Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf sieht vor, dass jährlich bis zu 35.000 Männer und Frauen einen freiwilligen Dienst leisten können, vor allem im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich. Die Dauer des Dienstes soll in der Regel sechs bis 18 Monate betragen. Der Dienst soll für alle Altersgruppen offen sein. Der Bundesfreiwilligendienst soll an die Stelle des Zivildienstes treten, der ebenso wie die Wehrpflicht zur Jahresmitte ausgesetzt werden soll. Das bisherige Bundesamt für den Zivil-

dienst soll künftig den Bundesfreiwilligendienst verwalten.

Mit dem Bundesfreiwilligendienst schaffen Union und FDP einen staatlichen Dienst, der neben die bewährten Formate Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) tritt. Diese Doppelstruktur wird mehr Bürokratie und mehr Kosten verursachen.

Verunsicherung bei Jugendlichen und Trägern

Innerhalb von wenigen Monaten sind fünf verschiedene Modelle in der Debatte gewesen – von der Verkürzung des Zivildienstes, über die Aussetzung bis hin zum Bundesfreiwilligendienst. Dadurch ist eine große Verunsicherung bei Jugendlichen und Trägern entstanden. Auch darüber wie der Bundesfreiwilligendienst organisiert werden soll besteht weiterhin keine Klarheit.

Afghanistan-Einsatz verlängert

Rückzug der Bundeswehr soll noch 2011 beginnen

Am 28. Januar hat der Bundestag die Verlängerung des deutschen Bundeswehreinsetzes im Rahmen der VN-mandatierten ISAF-Mission in Afghanistan beschlossen. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat sich nach ausführlicher interner Debatte mit großer Mehrheit für die Verlängerung ausgesprochen. Voraussetzung für unser „Ja“ war, dass im Laufe dieses Jahres mit dem Rückzug der ersten Bundeswehrsoldaten begonnen wird. Diese Festlegung zielt auch darauf ab, die Regierung in Kabul zur Übernahme stärkerer Eigenverantwortung für ihr Gemeinwesen zu drängen. Mit dieser Forderung hat sich die SPD gegenüber der Bundesregierung durchgesetzt, die ursprünglich die Nennung einer konkreten Jahreszahl im Mandat vermeiden wollte.

Forderungen der SPD übernommen

In einem von unserer Fraktion parallel eingebrachten Entschließungsantrag (Drs. 17/4563) bekräftigen wir unsere Erwartung, dass die Bundesregierung ihre Zusage einhält und wir unsere künftige Zustimmung für eine Mandatsverlängerung an die Reduzierung des deutschen ISAF-Kontingents noch in diesem Jahr koppeln.

Es war die SPD, die als erste einen zeitlichen Abzugskorridor gefordert hat. Noch in seiner Funktion als Außenminister hatte **Frank-Walter Steinmeier** einen Zehn-Punkte-Plan für den Abzug aus Afghanistan vorgelegt. Im Januar 2010 war es wiederum die SPD, die ein Ende des militärischen Einsatzes im Rahmen des ISAF-Mandats für den Zeitraum zwischen 2013 und 2015 gefordert hat. Damals wurden wir von Union und FDP dafür scharf kritisiert. Inzwischen sind diese Forderungen längst internationale Beschlusslage. Sowohl die Kabuler Konferenz im Juli 2010 als auch der NATO-Gipfel am 20. November haben das Jahr 2014 als Enddatum für den militärischen Kampfeinsatz festgelegt. Von

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Vor allem aber moniert die SPD, dass Familienministerin Schröder die Aussetzung des Zivildienstes nicht als Chance genutzt hat, um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement insgesamt zu verbessern. Eine breite Debatte wäre wünschenswert, beispielsweise um die Frage zu beantworten, welche Tätigkeiten im Zivildienst künftig in sozialversicherungspflichtige Jobs umgewandelt werden könnten. Außerdem fordert die SPD-Fraktion schon seit längerem, die bestehenden Jugendfreiwilligendienste auszubauen und ihre Attraktivität für junge Menschen zu stärken. All das ist von Schwarz-Gelb nicht zu erwarten. Es reicht aber nicht aus, den Zivildienst einfach nur durch einen „Bundesfreiwilligendienst“ zu ersetzen. Notwendig ist ein Gesamtkonzept zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements insgesamt.

diesem Zeitpunkt an sollen die Afghanen für die Gewährleistung der Sicherheit in ihrem Land selbst verantwortlich sein.

Selbstverständlich wird die internationale Gemeinschaft dieses geschundene Land danach nicht völlig sich selbst überlassen. Unterstützende Maßnahmen im zivilen Bereich, aber auch bei der Ausbildung von Armee und Polizei wird es auch über das Jahr 2014 geben müssen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Afghanistan nicht wieder in Anarchie und Chaos zurückfällt und erreichte Fortschritte, wie es sie im Bereich der Frauen- und Menschenrechte, der Gesundheitsversorgung oder der Bildung gibt, nicht wieder zunichte gemacht werden.

Zivilen Wiederaufbau fortsetzen

Aber auch in anderen Fragen war es die SPD, die der Bundesregierung eine Reihe von Zugeständnissen abgerungen hat. Dazu gehörte die Forderung nach Verdopplung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau und verstärkten Anstrengungen im Bereich der Ausbildung einer afghanischen Armee. Dieser vor einem Jahr eingeleitete Strategiewechsel muss jetzt konsequent fortgeführt werden. Deshalb fordern wir, dass die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte weiter vorangetrieben wird.

Der zivile Wiederaufbau muss ebenfalls mit großer Intensität fortgesetzt werden. Das gilt insbesondere für die Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft, die Unterstützung der afghanischen Regierung beim Aufbau einer effizienten Verwaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur und des Bildungs- und Gesundheitssektors. Die afghanische Regierung muss sichtbar unter Beweis stellen, dass sie ihre Bekenntnisse zu besserer Regierungsführung und zur Bekämpfung der extrem hohen Korruption ernst nimmt.

NEUE SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

Die politische Kommunikation im und über das Internet gewinnt immer mehr an Bedeutung. In unserer **neuen Serie** wollen wir „Politische Internetseiten“ vorstellen, die aus sozialdemokratischer Sicht eine besondere Bedeutung haben.

Die bisherige **Serie „Sozialdemokratische Köpfe“** ist vorerst abgeschlossen. Sie kann aber weiterhin als Sonderausgabe der Berlin Depesche auf unserer Homepage www.martin-doermann.de abgerufen werden.

www.vorwaerts.de

Homepage der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“

Inhaltliches

Themen

Der Internetauftritt der SPD-Parteizeitung „**Vorwärts**“ befasst sich nicht ausschließlich mit sozialdemokratischen Themen. Die Bandbreite ist groß, denn neben innenpolitischen Artikeln gibt es auch solche zu außenpolitischen Ereignissen. Außerdem zu finden sind eine geschichtliche Rubrik, Informationen zum Thema Rechtsradikalismus in Deutschland, einen Kulturteil mit Buchbesprechungen und sogar ein Sportteil.

Die damit nicht abgedeckten Themen und weitere Meinungen sind in angeschlossenen Blogs zu finden.

Struktur

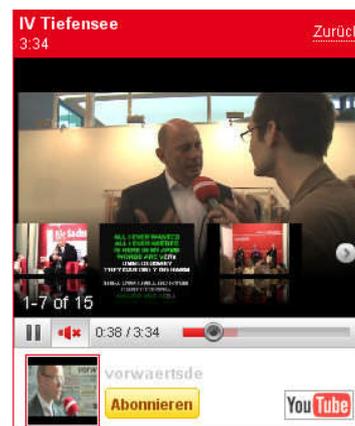
Politik	Kultur
Inland	Rezensionen
Ausland	Geschichte
Europa	Sport
Netpolitik und Web 2.0	
Gegen Rechts	
Sozialdemokratie	
Wirtschaft	
Umwelt und Energie	

Zusätzliche Funktionen

Interaktivität

- Jeden **Artikel** mit nur einem Klick via Twitter, Facebook oder anderem Sozialen Netzwerk **teilen**
- Direkter Link zum aktuellen **Twitterprofil** und der **Facebook-Fanseite** von **Vorwärts**
- **Community Bereich** mit Blogs, Diskussionsgruppen und der Möglichkeit, an Kampagnen und Aktionen teilzunehmen
- **Archiv (ab 2007)** mit allen Ausgaben von „Vorwärts“, „Zeitblende“ und schon bald dem „vorwaerts.de-Newsletter“
- **Newsboxen** von **DEMO** und **bnr.de** mit weiteren Informationen zur Kommunalpolitik und Rechtsradikalismus in Deutschland
- **„MITBISS“**- Weinempfehlungen, Rezeptvorschläge nebst dazugehöriger Einkaufsliste

Besonderheit



Vorwärts besitzt einen eigenen **Youtube-Kanal** mit aktuellen Interviews, Berichterstattungen und Musikempfehlungen. Dieser ist schon auf der Startseite mit eingebunden und auch zu abonnieren.

www.vorwaerts.de

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatte der SPD-Fraktion für Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiter*team

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Marc Drögemöller,
Jens Zimmer

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiter*team von Martin Dörmann

Tim Cremer, Esther Frenzel,
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Marco Pagano
Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach
Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2011

Die 3., 4., 6., 8., 11., 12., 14., 15., 19., 21., 23., 26., 27., 36., 38., 39., 42., 43., 45., 47., 48., und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann (S. 1, 4, 5, 6),
Flickr.com by pixel0908 (S. 11),
vorwärts.de (S. 15)

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

